

20. Januar 2014

Positionspapier

Energiewende für Europa: Ein ehrgeiziges 2030-Klima- und Energiepaket der EU für Klimaschutz, Investitionssicherheit und Kosteneffizienz

Europa entscheidet in den nächsten Wochen und Monaten über die Zukunft seiner Klima- und Energiepolitik. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, sich bei der Festlegung des EU-Klima- und Energiepakets 2030 wie bereits beim ersten Energie- und Klimapakete von 2008 für eine ambitionierte Zieltrias einzusetzen. Die Reduktion der Treibhausgasemissionen, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind untrennbar miteinander verbunden und müssen durch aufeinander abgestimmte, sich gegenseitig ergänzende Zielsetzungen erreicht werden. Wir fordern deshalb:

1. eine in der EU erbrachte **Treibhausgas-Emissionsminderung** von mindestens 55 Prozent bis 2030 (gegenüber dem Basisjahr 1990)
2. einen Anteil von 45 Prozent an **Erneuerbaren Energien** am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030
3. eine Senkung des **Endenergieverbrauches** um 40 Prozent bis 2030 (gegenüber dem Basisjahr 2005)

Im Kontext dieser neuen Ziele für 2030 und der bereits bis heute erreichten Emissionsminderungen gilt es, als Zwischenschritt die Emissionen in Europa bis 2020 (gegenüber 1990) um mindestens 30 Prozent zu reduzieren.

Die Zeit drängt

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis zur Mitte dieses Jahrhunderts eine fast emissionsfreie Wirtschaft zu etablieren. Dafür haben die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2008 ein erstes Klima- und Energiepaket beschlossen. Demnach sollen in der EU bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 20 Prozent sinken, der Anteil der Erneuerbaren Energien am EU-Energiemix auf 20 Prozent steigen sowie der Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent gegenüber der Referenzentwicklung gesenkt werden. Diese Zieltrias gilt es nun für das Jahr 2030 weiterzuentwickeln. Gleichzeitig muss das bestehende Ziel für 2020 so modifiziert werden, dass es mit dem Zwei-Grad-Limit vereinbar ist.

Der aktuelle Bericht des Weltklimarates (IPCC) kommt zu dem Schluss, dass mit 95 bis 100prozentiger Sicherheit der Mensch der dominante Verursacher des Klimawandels ist. Er bekräftigt die Ergebnisse des letzten Berichts aus dem Jahr 2007. Der Klimawandel findet schon heute statt und die Auswirkungen für den gesamten Planeten werden gravierend sein. Die positive Nachricht ist: durch schnelles und aktives Gegensteuern haben wir die Chance, die globale Temperaturerhöhung in diesem Jahrhundert noch unter den kritischen Wert von 2°C gegenüber vorindustriellen Zeiten zu begrenzen.

Im Herbst 2015 will die internationale Staatengemeinschaft ein globales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020 verabschieden. Dem Gastgeber Frankreich, und damit auch der EU, kommt für das Gelingen des Klimagipfels 2015 eine besondere Verantwortung und Führungsrolle zu. Die EU kann diese Führungsrolle nur dann glaubwürdig ausfüllen, wenn sie vorher selbst ambitionierte Zielsetzungen und Vorhaben im Rahmen eines europäischen Klima- und Energiepakets 2030 beschlossen hat.

Auch für die EU selbst wäre eine zügige Entscheidung von Vorteil. Angesichts überalterter Kraftwerksparken und Stromnetze steht die Gemeinschaft vor einer Investitionswelle im Bereich der Energieinfrastruktur. Mit einem klaren und ambitionierten neuen klima- und energiepolitischen Rahmen für 2030 kann die für Gesellschaft und Wirtschaft notwendige Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen werden. Das ist die Voraussetzung für die dringend benötigten Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Eine verbindliche neue Zieltrias für die Reduktion von Treibhausgasemissionen, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Senkung des Energieverbrauchs

Die unterzeichnenden Verbände plädieren für eine Fortschreibung der Zieltrias von drei ambitionierten, verbindlichen Zielen, die die Minderung der Treibhausgasemissionen, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Senkung des Energieverbrauchs bis zum Jahr 2030 festschreiben. Für drei Oberziele sprechen die folgenden Argumente:

- Nur mit transparenten Zielen für erneuerbare Energien und Energieeinsparungen kann die Abstimmung zwischen dem europäischen Emissionshandelssystem und den komplementären Politiken in diesen Bereichen gelingen.
- Die Vergangenheit hat deutlich gezeigt, dass ein Klimaschutzziel allein nicht ausreicht, um die notwendigen Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz, zu setzen¹. Dies gilt insbesondere für neue Technologien, die noch nicht ausreichend im Markt verankert sind.
- Ziele zur Senkung des Energieverbrauchs und zum Ausbau der erneuerbaren Energien leisten einen direkten Beitrag zur Verringerung der Importabhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen und somit einen entscheidenden Beitrag sowohl zur Erhöhung der Versorgungssicherheit als auch zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele.
- Gerade Deutschland hat mit der energie- und klimapolitischen Zieltrias gute Erfahrungen gemacht. Das deutsche Energiekonzept aus dem Jahr 2010 formuliert zu Recht eine Zieltrias aus Emissionsminderung, Senkung des Energieverbrauchs und Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2050. Die gesamte deutsche Energiewende ist an dieser Zieltrias orientiert.
- Für drei Ziele spricht zudem, dass dadurch ein Ausgleich der verschiedenen Interessen in den Verhandlungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten erleichtert wird.

Die Verbindlichkeit der Ziele ist aus folgenden Gründen unablässig:

¹ Öko-Institut 2010: „Der Instrumenten-Mix einer ambitionierten Klimapolitik im Spannungsfeld von Emissionshandel und anderen Instrumenten“

- Die Erfahrungen mit dem Energie- und Klimapaket aus dem Jahr 2008 zeigen, dass nur verbindliche Ziele tatsächlich erreicht werden. Während das 2020-Ziel der Emissionsminderung bereits heute erfüllt ist und die verbindlichen Ausbauziele für die erneuerbaren Energien bis 2020 erreicht werden, wird das bislang freiwillige Energieeffizienzziel aller Voraussicht nach deutlich verfehlt.
- Nur verbindliche Ziele schaffen klare politische und regulatorische Rahmenbedingungen. Sie sind entscheidend für eine möglichst hohe unternehmerische Planungs- und Investitionssicherheit.

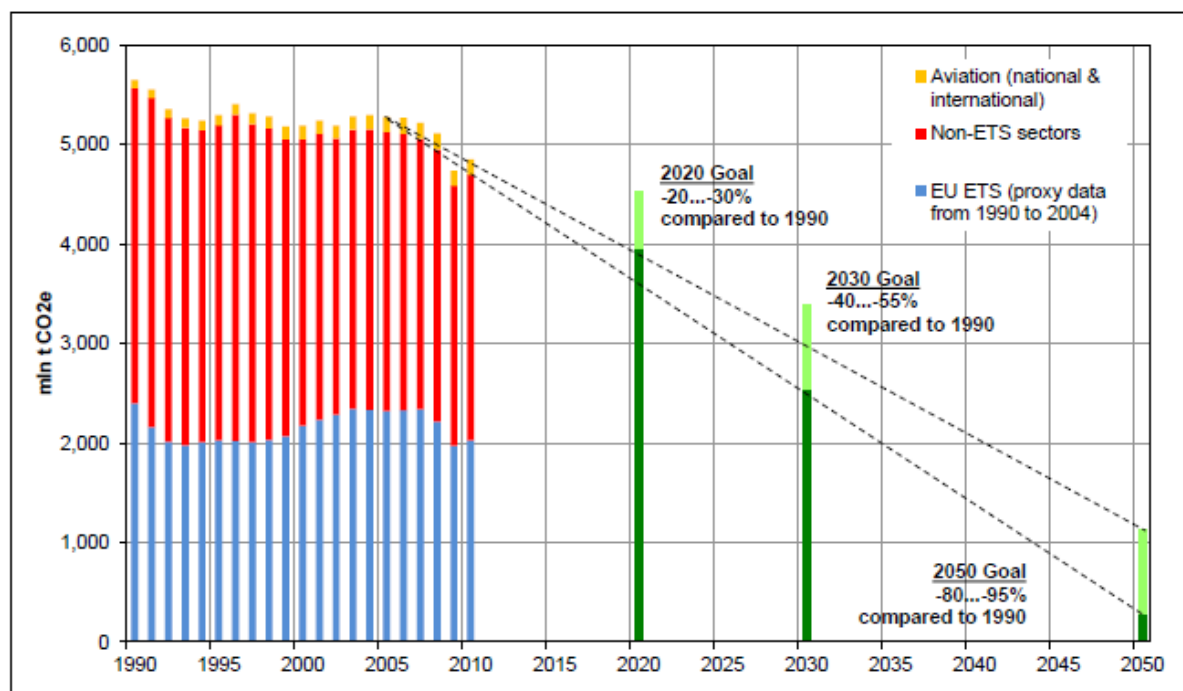
Ein verbindliches EU-Ziel bis 2030 zur Minderung der Treibhausgasemissionen

Die unterzeichnenden Verbände sehen eine Emissionsminderung in Höhe von mindestens 55 Prozent bis 2030 als notwendig an. Je stärker und schneller die Emissionen gemindert werden, desto geringer ist das Risiko, die 2 Grad-Grenze zu überschreiten. Eine Reduktion um 60 Prozent und mehr würde zudem für das schwierigere und kostenintensivere letzte Drittel der Emissionsminderungen zu größerer zeitlicher Flexibilität führen.

Folgende Argumente sind für die genannte Zielgröße zentral:

- Ein glaubwürdiges Minderungsziel für Treibhausgasemissionen muss im Einklang mit dem erklärten Zielpfad bis 2050 stehen, mit dem die EU ihre Emissionen um 80-95 Prozent im Vergleich zu 1990 vermindern möchte. Nach heutigem Kenntnisstand müssten die Industrieländer allerdings ihre Emissionen um 95 Prozent mindern, um tatsächlich kompatibel mit dem 2-Grad-Limit zu bleiben.

Abbildung 1: THG Projektionen und Ziele für die EU (ohne LULUCF und internationaler Flugverkehr), 1990-2050



Quelle: UNFCCC, Europäische Kommission, Berechnungen des Öko-Instituts

- Die EU-Kommission verdeutlicht in ihrem Fahrplan für eine wettbewerbsfähige CO₂-arme Wirtschaft bis 2050, dass schwache Etappenziele CO₂-intensive Fehlinvestitionen zu Beginn des Weges zur Folge haben könnten (so genannte „Sackgassen-Effekte“). Hohe CO₂-Preise oder „stranded investments“ würden dann die Kosten der Transformation über den gesamten Zeitraum beträchtlich in die Höhe treiben.
- 55 Prozent Treibhausgasemissionsminderung sind der Beitrag, der aus wissenschaftlichen und Fairnesserwägungen mindestens notwendig ist, damit die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius bleibt.
- Emissionszertifikate aus dem Ausland, so genannte Offsets, dürfen angesichts der sehr negativen Erfahrungen nicht mehr zur Zielerreichung zugelassen werden.
- Nur ein ambitioniertes und unkonditioniertes EU-Klimaschutzziel kann den notwendigen Schwung für die internationalen Klimaverhandlungen erzeugen. Vergangene UN-Klimagipfel haben gezeigt: Die am meisten vom Klimawandel betroffenen armen Länder sind nur bei einer mit dem 2 Grad-Limit vereinbarten EU-Zielsetzung bereit, mit der EU eine Allianz für mehr Ambition in den Verhandlungen zu bilden. Ein konditioniertes EU-Ziel kann zudem Nachahmefekte in anderen Staaten erzeugen, mit einer Dynamik nach unten, statt nach oben.²
- Unabdingbar zur kostengünstigen Erreichung ambitionierter, langfristiger Emissionsminderungsziele ist eine schnelle strukturelle Reform des EU-Emissionshandelssystems. Kern dieser Reform muss schon vor 2020 die Einführung eines linearen Reduktionsfaktors von jährlich mindestens 2,6 Prozent sein. Darüber hinaus müssen die überschüssigen Zertifikate (zwei Milliarden) schnellstmöglich dauerhaft aus dem Markt genommen werden.

Ein verbindliches EU-Ziel zur Senkung des Energieverbrauchs

Eine verbindliche absolute Minderung des Endenergieverbrauchs bis zum Jahr 2030 von 40 Prozent unter das Niveau von 2005 ist dringend notwendig. Dafür sprechen folgende Argumente:

- Die Zielformulierung für 2020 hat gezeigt, dass unverbindliche Vereinbarungen nicht ausreichen. Mit einem unverbindlichen „weiter wie bisher“ wird das gesetzte Ziel zur Senkung des Endenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 deutlich verfehlt. Auch durch die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie kann die bestehende Lücke aller Voraussicht nach nicht mehr geschlossen werden³.
- Energieeffizienz und Energieeinsparung sind die Hauptanker für den Erfolg der deutschen Energiewende. Frühe Fortschritte sind hier zentral, um die langfristigen EU-Klimaschutzziele kostengünstig zu erreichen. Durch Energieeinsparungen können

² So hat beispielsweise Russland mit Bezugnahme auf das konditionierte EU-Ziel sein von russischen Akteuren avisiertes 2020-Ziel von minus 25 Prozent unter dem Niveau von 1990 im Kopenhagen-Accord schließlich zu einem konditionierten Ziel uminterpretiert. Nur unter bestimmten, an Verhandlungsergebnisse geknüpfte, Konditionen wollte man jetzt noch die 25 Prozent versprechen. Als unkonditioniertes Ziel wurde nun minus 15 Prozent festgehalten.

³ The Coalition for Energy Savings (2013), EU Energy Efficiency Directive (2012/27/EU) Guidebook for Strong Implementation, S. 17 ff. Online abrufbar unter: <http://eedguidebook.energycoalition.eu/images/PDF/EED.pdf>

die Kosten des Umbaus der Energiesysteme deutlich verringert werden.⁴ Der Energie-Fahrplan der EU-Kommission bezeichnet sie darum zu Recht als "No-regret"-Option.

- Ein geringerer spezifischer Strombedarf verträgt auch höhere Energiepreise. Die Volkswirtschaften der EU brauchen darum ein klares Signal aus Brüssel für mehr Energieeffizienz. Klar ist: Der Wettbewerb mit anderen Regionen findet über die Energiekosten statt, nicht über die Energiepreise.
- Allein in Deutschland sind bereits jetzt mehr als 800.000 Menschen in der Effizienz-Branche beschäftigt⁵. Bis 2020 können mindestens weitere 250.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden⁶. Dieses wirtschaftliche Potenzial darf nicht durch einen Mangel an Verbindlichkeit aufs Spiel gesetzt werden.
- Nur langfristige und verbindliche Vorgaben schaffen Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen. Solche Rahmenbedingungen erlauben es Unternehmen, Dienstleistern und Investoren, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und Investitionen in Energiespar- und Effizienzmaßnahmen in Angriff zu nehmen.
- Unangetastete Energiesparpotenziale sind in vielen Fällen das Resultat vielfältiger Hemmnisstrukturen. Ein verbindliches Einsparziel schafft die Voraussetzung zur Beseitigung der bestehenden Marktbarrieren und den Raum für neue innovative Geschäftsmodelle für Energieeffizienz.
- Ein reines Emissionsminderungsziel führt dazu, dass in entscheidenden Sektoren (beispielsweise private Haushalte, Gewerbe- und Dienstleistungssektor) kaum Handlungsdruck entstehen wird – und weiterhin entscheidende Energieeinsparpotenziale brach liegen werden.

Ein verbindliches EU-Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

Das größte Potenzial zur Emissionsminderung liegt im Energiesektor. Ziel der Energiepolitik ist eine verlässliche und kostengünstige Energieversorgung ohne die Nutzung von fossilen und nuklearen Risikotechnologien.

- Die EU macht sich mit einem ambitionierten Ausbauziel für erneuerbare Energien zunehmend und für alle Akteure sichtbar unabhängiger von Brennstoffimporten aus zum Teil hochsensiblen Regionen der Welt und koppelt sich von den stark volatilen Energiemärkten ab. Gleichzeitig wird so die heimische Wertschöpfung gestärkt. Allein in Deutschland könnten ca. 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Land gehalten werden.

⁴ Erste, noch unveröffentlichte Ergebnisse einer Studie zu den gesamtwirtschaftlichen Einspareffekten durch Effizienzsteigerungen im deutschen Stromsektor, durchgeführt von der prognos AG und IAEW Aachen im Auftrag von Agora Energiewende, European Climate Foundation und Regulatory Assistance Project, zeigen: Durch ambitionierte Energieeinsparungen können die Kosten für den Umbau des Stromsystems um mehrere Milliarden Euro jährlich gesenkt werden.

⁵ Deneff (2013): Branchenmonitor Energieeffizienz 2013, S. 5. Online verfügbar unter: http://www.deneff.org/cms/tl_files/Infomaterial/Presse/DENEFF%20Branchenmonitor%20Energieeffizienz_Mai%202013.pdf

⁶ Ifeu, Fraunhofer isi, gws, prognos (2009): Kurzstudie zu Energieeffizienz, Wachstum und Beschäftigung. Analyse der Potenziale und volkswirtschaftlichen Effekte einer ambitionierten Effizienzstrategie für Deutschland. Online verfügbar unter: http://www.isi.fraunhofer.de/isi-media/docs/e/de/aktuelles/NKI_Kompaktstudie_090702_final.pdf

- Nur mit einem klaren europäischen Ausbauziel für erneuerbare Energien können europäische Optimierungspotenziale erschlossen und grenzüberschreitende Ausgleichsbedarfe ermittelt bzw. eine europäische Konzeption einer angepassten Infrastruktur verfolgt werden.
- Ehrgeizige und verbindliche (Zwischen-)Ziele für erneuerbare Energien bieten Unternehmen die notwendige Sicherheit, um in die langfristig günstigsten Technologien investieren zu können.
- Ohne Ausbauziele für erneuerbare Energien würde eine gemeinsame EU-Energiepolitik stark behindert und würden sehr diverse nationale Energiesysteme zementiert – zentriert etwa um Kernenergie in Frankreich oder um Kohlekraft in Polen. Es ist offensichtlich, dass ohne die aktuell gültigen, verbindlichen EU-Ziele für 2020 zum Ausbau der Erneuerbaren einige nationale Fördersysteme für regenerative Energien nicht eingeführt worden wären.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

1. **sich für ein EU Energie- und Klimapakett 2030 mit drei ambitionierten und verbindlichen Zielen einzusetzen:**
 - eine Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent,
 - ein Ausbauziel von 45 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch,
 - und eine Senkung des Endenergieverbrauches um 40 Prozent bis 2030 (gegenüber dem Basisjahr 2005);
2. **eine Strukturreform des europäischen Emissionshandels voranzutreiben. Ohne eine ambitionierte europäische Klimapolitik kann das Instrument sein Ziel, Investitionen in klimaschonende Technologien zu lenken, nicht erfüllen. Deutschland wird ohne die Preissignale eines wirkungsvollen Emissionshandels sein nationales Klimaschutzziel (eine 40prozentige Emissionsminderung bis 2020) verfehlen, es sei denn, zusätzliche nationale Maßnahmen werden eingeleitet. Sowohl eine jährliche Verschärfung des Reduktionsfaktors als auch eine endgültige Löschung der überschüssigen Zertifikate sind zwingend erforderlich, um die Lenkungsfunction des Instruments wiederherzustellen;**
3. **endlich wieder eine aktive und führende Rolle bei der Gestaltung einer ambitionierten europäischen Klima- und Energiepolitik einzunehmen. Deutschland hat auf nationaler Ebene Ziele formuliert, die auf EU-Ebene und für das Gelingen des UN-Klimagipfels 2015 in Paris eine positive Dynamik entfachen können.**

Klaus Seitz

Leiter Abteilung Politik
Brot für die Welt -
Evangelischer
Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Str.1
10115 Berlin

Tel.: 030 65 21 11 788

E-Mail: klaus.seitz@brot-fuer-die-welt.de

Stefan Krug

Leiter der Politischen
Vertretung Berlin
Greenpeace e.V.
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Tel: +49 30 308899 20

E-Mail:
stefan.krug@greenpeace.de

Antje von Broock

Leitung Klimateam &
Koordination Internationales
BUND
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Tel: +49 30 27 58 64 34

E-Mail:
antje.vonbroock@bund.net

Dr. Bernd Bornhorst

Leiter Abteilung Politik und
Globale Zukunftsfragen
Bischöfliches Hilfswerk
Misereor e.V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen

Tel.: +49 241 442 587

E-Mail:
bernd.bornhorst@misereor.de

Christoph Bals

Politischer Geschäftsführer
Germanwatch e.V.
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Tel: +49 228 6049217

Email: bals@germanwatch.org

Regine Günther

Leiterin Klimaschutz und
Energiepolitik
WWF Deutschland
Reinhardtstraße 18
10117 Berlin

Tel.: +49 30 311 777 223

E-Mail:
regine.guenther@wwf.de